

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsanstalt
Tagesblatt Rieser
Rieser Nr. 20
Postfach Nr. 22

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Amtshauptmannschaftsbezirks Rieser, des Kreisgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Kreisgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Reichen bestellungsweises Blatt.

Verlagsanstalt
Dresden 1929
Grafenstraße
Rieser Nr. 22

Nr. 167.

Sonntag, 20. Juli 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint täglich von Montag bis Samstag, Sonn- und Feiertagen ausgenommen. Der Abonnementspreis für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig, für einen halben Jahr 16 Mark 50 Pfennig, für ein Jahr 30 Mark 50 Pfennig. Der Einzelheftpreis 25 Pfennig. Der Anzeigenpreis für eine Zeile in der ersten Spalte 100 Pfennig, in der zweiten 80 Pfennig, in der dritten 60 Pfennig, in der vierten 40 Pfennig, in der fünften 30 Pfennig. Der Anzeigenpreis für eine Zeile in der ersten Spalte 100 Pfennig, in der zweiten 80 Pfennig, in der dritten 60 Pfennig, in der vierten 40 Pfennig, in der fünften 30 Pfennig. Der Anzeigenpreis für eine Zeile in der ersten Spalte 100 Pfennig, in der zweiten 80 Pfennig, in der dritten 60 Pfennig, in der vierten 40 Pfennig, in der fünften 30 Pfennig. Der Anzeigenpreis für eine Zeile in der ersten Spalte 100 Pfennig, in der zweiten 80 Pfennig, in der dritten 60 Pfennig, in der vierten 40 Pfennig, in der fünften 30 Pfennig.

Die Vermittlung in Peking und Moskau beginnt.

Amerikanischer Vermittlungsschritt im ostasiatischen Konflikt. Letzte Versöhnungsversuche. — Gemeinsamer Schritt der Mächte.

Der farbige Wetterwintel.

So gut es den Vereinigten Staaten gelungen ist, in den mittelamerikanischen Republik Einfluss zu gewinnen, und namentlich Mexiko auf dem Wege über die Ölgesellschaften von sich unabhängig zu machen, so unabhängig hat ihnen jetzt noch Venezuela gegenüber. Auch hier hat sich eine gewaltige Ölproduktion seit 1920 entwickelt. Aber finanziell haben sich die Produzenten bisher ohne Rücksicht zu behaupten vermocht. Auch ist die Regierung Venezuelas in fester Hand. Seit 1920 leitet Präsident Gomez den Staat. Er läßt nicht mit sich spielen, zwar hat auch Venezuela ein Parlament, aber so sagen hat es nicht viel. Gomez nennt sich nicht Diktator, ist es aber in Wirklichkeit. Vielleicht ist in Venezuela auch gar kein anderes Regime möglich. Eingewanderte Spanier und eingetriebene Indianer, beide von leidenschaftlichem Temperament, beide unter den Einflüssen des äquatorialen Klimas stehend, sind nicht besonders leicht zu regieren. Persönlicher Ehrgeiz ist eine große Rolle und hat immer wieder Unruhen im Lande hervorgerufen. Was ist irgendwo eine Bande gebildet, deren „General“, wenn ihm die Ergebnisse seiner Tätigkeit nicht mehr genügen, mit dem Gedanken an ein kleines Revolutionsspiel. Und jede solche Revolution kann in dem vielbeschriebenen von Natur reichen Lande nur allzu leicht die ausländische Intervention herbeiführen. Außer dem Öl sind ja auch Kaffee und Zucker, Mais und Tabak hoch begehrt und rentable Produkte. Neben der Viehzucht ist die Gummi-Produktion entsprechend der Weltentwicklung des Autoverkehrs von steigender Bedeutung.

Seit 1901 ist Venezuela aus der Zeit der Bürgerkriege nicht mehr herausgekommen. Damals führte das Verhalten des Präsidenten Castro zum Konflikt mit Deutschland, England und Italien, der die Blockade durch deutsche Schiffe zur Folge hatte. 1908 wurde Castro gestürzt und nach verschiedenen Intermezzen wird jetzt Gomez als „der ewige Präsident“ bezeichnet, weil man sich schon darüber wundert, daß ein so verhältnismäßig langer Zeitraum friedlich verlaufen konnte. Es wird aber auch schon angegriffen, wo die Gefahr eines neuen politischen Feuers droht. Es wird gemurmelt schon der kleinste Funken ausgetreten, Studenten vertrieben, die eine Demonstration versuchten, Leute bestraft, die eine laute politische Unterhaltung führten, Reisende in Vernehmung genommen, die sich auch innerhalb des Landes nicht durch zuverlässige Papiere ausweisen können. Dieses schärfe Japaden erschufen für die Holländer, als sie auf ihrer Insel Curacao eine kleine Konstitution der auch dort wohnender Venezolaner nicht verdrängen konnten. Sie wissen, daß Präsident Gomez nicht mit sich spielen läßt und haben deshalb schleunigst die Versicherung abgegeben, daß sie alle geeigneten Maßnahmen ergreifen würden, um die Wiederholung ähnlicher unliebsamer Zwischenfälle zu verhindern. Für Konstitutionsänderungen Venezuelas war das beländliche Curacao ein umso willkommenerer Sammelplatz, als sie hier in dem allgemeinen Völkergemeinschaft wenig aufstießen. Im benachbarten englischen Gebiet ist die Kontrolle schärfer. Gerade deshalb konnte freilich auch Präsident Gomez die Holländer auf das englische Beispiel hinweisen. Aber die eigentliche Bedeutung des ganzen Ereignisses liegt gar nicht in diesen Auseinandersetzungen zwischen Venezuela und Holland, sondern da, wo man bisher oft noch gar nicht Stellung genommen hat, wo man aber langsam doch gespannt auf der Dauer liegt, um zwischen zu können, sobald die Entwicklung hierfür reif werden sollte.

Schon bei dem erwähnten Konflikt hat weiterhin die Vereinigten Staaten, die das Aufsteigen der europäischen Mächte und insbesondere der deutschen Flottenflotte als bedenklich für ihre Politik der Monroe-Doktrin empfanden. Ein Konflikt zwischen Holland und Venezuela wäre natürlich erst recht ein gefährliches Zeichen für den amerikanischen Imperialismus. Welch glänzende und gewinnbringende Rolle, falls er sich in einem solchen Konflikt als Beschützer Latein-Amerikas gegen eine europäische Macht aufspielen könnte! Ein Doxa im Auge hat die englischen, französischen und holländischen Beziehungen zu Venezuela, die im Norden den Nordamerikanern schon immer, ohne Unannehmlichkeiten, die sich aus dem Fortbestand dieses amerikanischen Kolonien ergeben könnte, würde ohne Zweifel als diplomatische Handhabung benutzt werden, um die Monroe-Doktrin auch da Geltung zu verschaffen, wo man ihre Durchsetzung bis heute nicht durchsetzen konnte. Der Konflikt, in dem neben Belgien auch Venezuela unter die Öl- und Gummi-Lieferanten Kräfte einzureihen werden könnte, würde jedenfalls in Washington mit besonderem Interesse verfolgt werden.

Washington und die chinesisch-russischen Differenzen.

Washington, 19. Juli. Im Staatsdepartement wurde heute erklärt, die Regierung habe bereits formale Schritte unternommen, um den Friedensvertrag zwischen der Sowjetunion und China zu verhandeln. Das Staatsdepartement verhandelt sowohl mit dem chinesischen Botschafter als auch mit dem Vizekonsul jener drei Mächte, die im Jahre 1922 den Viermächtevertrag, der China betrafte, unterzeichneten, nämlich Großbritannien, Frankreich und Japan. Gleichzeitig habe das Staatsdepartement den Botschafter des Reiches, Außenminister Brand, ersucht, der Sowjetunion ebenfalls die Erklärung zu übermitteln, daß China und England Sighatarmächte des Reiches seien, und daß es sich — soweit man auf Grund der bisherigen Nachrichten übersehen könne — auf beiden Seiten um Ansprüche juristischer Natur handele, die durch ein Schiedsgericht erledigt werden könnten.

Peking, 20. Juli. (Telunion.) Der amerikanische Botschafter in Peking hat am Freitag dem chinesischen Außenminister Dr. Wang telegraphisch, daß er von seiner Regierung beauftragt sei, mit der Sowjetunion Verhandlungen über eine amerikanische Vermittlung in dem Streit zwischen China und der Sowjetunion zu verhandeln. Der amerikanische Botschafter hat die Sowjetregierung, ihm mitzuteilen, ob sie bereit sei, die amerikanische Vermittlung anzunehmen.

Somos, 20. Juli. (Telunion.) Wie aus Moskau gemeldet wird, hat der französische Botschafter in Moskau Jean Berthele am Samstag dem Botschafter von Außenminister Brand ein Telegramm erhalten, in dem er beauftragt wird, Schritte in der Frage der amerikanischen Vermittlung in dem russisch-chinesischen Streit zu unternehmen. Jean Berthele hat die Vermittlungsbotschaft Amerikas dem beauftragenden Außenminister bereits zur Kenntnis gebracht. Wie die Sowjetregierung zu diesem amerikanischen Vorschlag Stellung nehmen wird, ist allerdings noch nicht bekannt.

Schanghai: Die Erklärung der chinesischen Regierung.

Schanghai, 19. Juli. In einer offiziellen Erklärung heißt es, die russische, den Abbruch der Beziehungen ansetzende Note sei ungenügend der persönlichen Haltung Chinas ungenügend gewesen. In Wirtschaftskreisen glaubt man, die Sowjets seien so schroff aufgetreten, um eine dem Fremden, durch die Etablierung Chinas im Aufschwung begriffenen Handel schädliche Krise herbeizuführen. Die Befürchtung, die in den Kreisen der Ausländer geäußert habe, daß China gegen andere fremde Interessen ähnlich vorgehen werde wie gegen die östlichen Mächte, sei durch die Erklärung, die Chinesen nicht beabsichtigen, die Maßnahmen der ungenügenden Schritte auf Grund angesehener, vernünftiger Maßnahmen einzuführen. Die in China anhängigen Beschwerden betrachten das Vorgehen Peking wohlwollend, 2000 Weisungen seien bereit, Kriegsschiffe gegen die Sowjets zu nehmen. Die Erklärung betont zum Schluß, daß Peking den vollständigen Beizulegen und Verhandlungen zu ernstlichen Mächten.

Stets immer kein Kompromiss.

Brüssel, 19. Juli. (Telunion.) Die Unterredung des deutschen Botschafters von Paris mit Außenminister Briand am Freitag dauerte heute volle Stunde. Die Aussprache hat an der politischen Lage weder im positiven noch im negativen Sinne etwas geändert. Der Termin für den Zusammentritt der politischen Konferenzen bleibt zwar noch wie vor auf Anfang August festgesetzt. Das ist aber das einzige, was einwandfrei noch feststeht. Nach dem Gut der Konferenz ist eine Entscheidung zwischen der englischen und französischen Regierung nicht erzielt worden. Ueber den Zusammentritt der Sowjets ist bis zur Stunde gleichfalls noch nichts bekannt. Frankreich und Deutschland werden die, wie ermittelte, in der Konferenz einig, die vorbereitenden Arbeiten möglichst bald einbringen. Die Verhandlungen liegen darin, daß alle sechs Mächte ihre Zustimmung geben. Und damit es notwendig wieder große Zeit, bis die Amerikaner, die an den Verhandlungen teilnehmen sollen, in Europa eintriften. Die Schwierigkeiten in der Unterredung der Mächte und die fortwährende Unmöglichkeit, sich über den Tagungszeitpunkt einigen, können allerdings, und das muß offen ausgesprochen werden, auch den Beginn der Verhandlungen verzögern.

2 chinesische Grenzstationen von Russen besetzt.

Berlin, (Telunion.) Berliner Morgenblätter geben eine Neuermeldung aus Orla wieder, wonach die russischen Truppen zum Angriff übergegangen sind. Sie haben die beiden Grenzstationen der chinesischen Ostbahn, Mandchuria (chinesisch Mandchali) und Pogranitschnaja nach kurzem Kampfe eingenommen. In der Nähe des letzteren Ortes ortes dauern die Kämpfe noch an. Der Kommandant der weißrussischen Truppen hat die Chinesen haben mehrere Tausend der Bahnstrecke sowie die große Anzahl der Soldaten in die Luft gesprengt.

Reynort, 19. Juli. Nach einem Telegramm aus Manila sind dort gestern abend Depeschen aus Peking eingetroffen, wonach der Gouverneur der Provinz die Peking Regierung telegraphisch um Instruktionen gebeten habe im Hinblick auf die Tatsache, daß Sowjettruppen bei dem Vorang ansetzenden bestimmte Bewegungen bei Peking beobachtet in große Gefahr gebracht werden.

Aufmarsch chinesischer Truppen an der Grenze von Szechuan.

Peking, 20. Juli. (Telunion.) Die Peking Regierung hat chinesische Truppen an die russisch-chinesische Grenze und zwar in die Gegend von Szechuan entsandt. Die Truppen sind bereits in Kaschau eingetroffen. Ueber die Stadt Kaschau in Szechuan ist der Belagerungszustand verhängt worden. Die chinesischen Truppen haben die Grenze gesichert. Die Verbindung ist unterbrochen.

Rundgebung gegen das chinesische Konsulat in Reynort.

Reynort, 19. Juli. Mehrere hundert Personen, unter denen sich zahlreiche Kommunisten befinden haben sollen, veranstalteten heute mittig in der Arbeitspause eine Rundgebung vor dem chinesischen Konsulat, das seine Geschäftsräume in einem Gebäude am Rotor-Platz im Zentrum der Stadt hat. Die Teilnehmer trugen Plakate mit Instruktionen wie „Nieder mit China! Verteidigt das Vaterland! Wir protestieren gegen die Teilnahme der internationalen Mächte an der Verräterklärung!“ Wegen die aus dem Konsulat versammelten Chinesen wurden Drohungen ausgehoben. Die Demonstranten versuchten aber nicht, in das Gebäude einzudringen. Die Rundgebung hatte etwa 1000 Menschen angezogen. Ein Volksgewalt wurde bei dem Versuch, die Menge zu zerstreuen, verurteilt. Die von der Polizei aufgehobenen Verhaftungen gerieten schließlich die Menge unter Anwendung der Knüttel. Mehr Personen wurden verhaftet, unter ihnen der Sekretär der kommunistischen Arbeiterpartei.

Die Frage der Rheinland-Räumung.

London, 19. Juli. Der diplomatische Korrespondent des Daily Telegraph schreibt: In den Kreisen, in denen eintrüger Eiderstand gegen die baldige Räumung des Rheinlandes gewünscht oder erwartet wird, herrscht jetzt das Gefühl, daß die Reparationskonferenz und die Völkerbundskonferenz im September ineinander übergehen werden. Es wird daher in diesen Kreisen erwartet, daß die Reparationskonferenz etwa am 1. September unterbrochen und Anfang Oktober wieder aufgenommen werden muß. Dies ist eine trübe Aussicht für die Sachverständigen des Völkerbundes, die angenommen hatten, daß ihr Werk bis zum 1. September in Kraft sein, und daß die Räumung des besetzten deutschen Gebiets bis dahin schon gute Fortschritte gemacht haben würde. Dem Korrespondenten zufolge war London gestern abend noch nicht im Besitz der französischen Antwort.

Daily Mail berichtet: In kritischen militärischen Kreisen wird die Räumung des Rheinlandes für noch bevorstehend angesehen. Die Vorkämpfer haben jetzt so weit fortgeschritten, daß Pläne für die Unterbringung der belandeten Truppen angefaßt werden. In verschiedenen Plänen werden Kasernen für die Truppen vorbereitet, auch werden Truppen verladen, um für die belandeten Truppen Quartier zu schaffen.